

Anfrage Ursprung Jasmin und Mit. über die vorgesehene Anpassung der Vorsorgeregelungen der Luzerner Pensionskasse

eröffnet am 22. Juni 2026

Gemäss Mitteilung der Luzerner Pensionskasse (LUPK) sind Leistungsverbesserungen vorgesehen, die zu höheren Arbeitgeberbeiträgen führen. Konkret werden per 1. Januar 2027 die Arbeitgeber-Sparbeiträge für Mitarbeitende ab einem Alter von 42 Jahren um 2,8 Prozentpunkte erhöht. Da davon Kanton, Gemeinden, ausgelagerte Betriebe sowie letztlich Steuer- und Gebührenzahlende betroffen sein können, wird der Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:¹

1. Wieso werden die Arbeitgeberbeiträge bei der LUPK erhöht?
2. Wieso werden diese nur bei der Altersgruppe ab 42 Jahren erhöht?
3. Wie hoch sind die durchschnittlichen Arbeitgeberbeiträge in Prozent an die berufliche Vorsorge in der privaten Wirtschaft im Kanton Luzern und wie hoch sind diese bei den der LUPK angeschlossenen Arbeitgebern?
4. Falls die Arbeitgeberbeiträge bei der LUPK jetzt schon höher sind – weshalb werden diese noch weiter erhöht und somit der Unterschied zur privaten Wirtschaft erhöht?
5. Welche zusätzlichen jährlichen Kosten entstehen durch die vorgesehenen Anpassungen für den Kanton Luzern?
6. Welche zusätzlichen jährlichen Kosten entstehen den Luzerner Gemeinden insgesamt? Bitte weisen Sie hier speziell auch noch die Mehrkosten für die Lehrerlöhne aus.
7. Welche zusätzlichen Kosten entstehen den einzelnen ausgelagerten Betrieben und Institutionen, die der LUPK angeschlossen sind? Bitte listen Sie die Kosten pro ausgelagerten Betrieb oder ausgelagertes Institut auf.
8. Wie wird diese Erhöhung beim Luzerner Kantonsspital (LUKS) gerechtfertigt, da ja bereits im Zusammenhang mit der Pflegeinitiative finanzielle Anpassungen vorgenommen wurden?
9. Ist damit zu rechnen, dass einzelne Institutionen aus der LUKP austreten und sich einer anderen Pensionskasse anschliessen, wie dies vereinzelt Gemeinden schon früher gemacht haben?
10. Ist damit zu rechnen, dass die Mehrkosten bei ausgelagerten Betrieben oder angeschlossenen Institutionen zu höheren Preisen, Gebühren, Tarifen oder Leistungsabgeltungen führen? Falls ja, in welchem Umfang?
11. Welche finanziellen Auswirkungen erwartet der Regierungsrat insgesamt für Steuer- und Gebührenzahlende?
12. Welche konkreten Rekrutierungs- oder Personalbindungsprobleme sollen mit der Verbesserung der Vorsorgeleistungen gelöst werden und welche Nachweise liegen dafür vor?

¹ Quelle: <https://www.lupk.ch/de/versicherung/reglementsanderung-2027>

13. Welche Alternativen mit tieferen oder keinen Mehrkosten wurden geprüft und weshalb wurden diese verworfen?
14. Wird die Verbesserung der Vorsorgeleistungen durch tiefere künftige Lohnerhöhungen, geringere Teuerungsausgleiche oder andere Anpassungen der Anstellungsbedingungen kompensiert? Falls nein, weshalb nicht?

Ursprung Jasmin

Schnydrig Monika, Lingg Marcel, Hodel Thomas Alois, Wicki Martin, Frank Reto, Müller Guido, Arnold Robi, Küng Roland, Meyer-Huwyler Sandra, Waldis Martin, Bossart Rolf, Lötscher Hugo, Lang Barbara, Zanolla Lisa, Wandeler Andy, Gerber Fritz, Ineichen Benno, Gfeller Thomas, Schumacher Urs Christian, Dahinden Stephan, Vogel Marlen, Stadelmann Fabian, Steiner Bernhard, Theiler Jacqueline, Graber Eliane, Schärli Stephan, Piani Carlo, Kurmann Michael, Albrecht Michèle, Bucheli Hanspeter, Erni Roger, Arnold Sarah, Erni Matthias, Cozzio Mario, Lang Tobias